

26.06.91

Antrag

des Landes Rheinland-Pfalz

Entschießung des Bundesrates zur drastischen Reduzierung
militärischer Tiefflüge mit Strahlflugzeugen über dem Gebiet der
Bundesrepublik Deutschland

DER MINISTER
FÜR BUNDESANGELEGENHEITEN UND EUROPA
DES LANDES RHEINLAND-PFALZ

Bonn, den 26. Juni 1991

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Dr. Henning Voscherau

Sehr geehrter Herr Präsident,

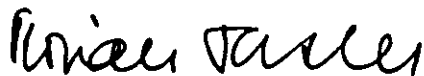
die Landesregierung von Rheinland-Pfalz hat beschlossen, im
Bundesrat den in der Anlage beigefügten Antrag für eine

Entschießung des Bundesrates zur drastischen
Reduzierung militärischer Tiefflüge mit Strahl-
flugzeugen über dem Gebiet der Bundesrepublik
Deutschland

einzubringen.

Ich bitte Sie, die Vorlage gemäß § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung
des Bundesrates auf die Tagesordnung der Sitzung am 5. Juli 1991
zu setzen

Mit freundlichen Grüßen



(F. Gerster)

Anlage

Entschließung des Bundesrates zur drastischen Reduzierung
militärischer Tiefflüge mit Strahlflugzeugen über dem Gebiet
der Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Bericht über die Ergebnisse vorzulegen, die die Überprüfung der Notwendigkeit militärischer Tiefflüge über der Bundesrepublik Deutschland entsprechend dem Beschluß des Bundesrates vom 14.12.1990 erbracht hat. Zugleich wird sie um Mitteilung der Maßnahmen gebeten, die sie zur Einstellung von Luftkampfbungen über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ergriffen hat.

Darüber hinaus fordert der Bundesrat von der Bundesregierung die Vorlage eines Gesamtkonzeptes "Militärischer Tiefflug" für die 90-er Jahre unter Berücksichtigung der bisher erreichten Abrstung im Bereich der Luftwaffen.

Begründung:

Durch die Fortschritte auf dem Gebiet der Abrstung und Rüstungskontrolle, durch die tiefgreifenden Veränderungen in Osteuropa und durch die Herstellung der deutschen Einheit haben sich die Bedingungen der militärischen Sicherheit grundlegend geändert. Von dieser Veränderung ist auch die Notwendigkeit militärischer Tiefflüge betroffen.

Der Bundesrat weist daher darauf hin, daß die Antwort der Bundesregierung auf den Entschließungsantrag des Bundesrates vom 14.12.1990 noch immer aussteht. Er drängt darauf, daß die Bundesregierung alsbald über die Ergebnisse ihrer Prüfung berichtet. Darüber hinaus geht der Bundesrat davon aus, daß die Bundesregierung ein Gesamtkonzept "Militärischer Tiefflug" für die nächsten Jahre vorlegt, wenn ein weiterer, wenn auch verringerter, Bedarf von Tiefflugübungen bestehen sollte.

Beschluß

des Bundesrates

zur

Entschließung des Bundesrates zur drastischen Reduzierung
militärischer Tiefflüge mit Strahlflugzeugen über dem Gebiet
der Bundesrepublik Deutschland

Der Bundesrat hat in seiner 634. Sitzung am
27. September 1991 die aus der Anlage ersichtliche Ent-
schließung gefaßt.

E n t s c h l i e ß u n g
des Bundesrates
zur

drastischen Reduzierung militärischer Tiefflüge
mit Strahlflugzeugen über dem Gebiet der
Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesregierung wird aufgefordert, einen Bericht über die Ergebnisse vorzulegen, die die Überprüfung der Notwendigkeit militärischer Tiefflüge über der Bundesrepublik Deutschland entsprechend dem Beschluß des Bundesrates vom 14. Dezember 1990 - BR-Drs. 884/90 (Beschluß) - erbracht hat. Zugleich wird sie um Mitteilung der Maßnahmen gebeten, die sie zur Einstellung von Luftkampfübungen über dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ergriffen hat.

Darüber hinaus fordert der Bundesrat die Bundesregierung auf, im Rahmen eines Gesamtkonzeptes "Militärischer Flugbetrieb" die unverzügliche Einstellung aller militärischen Tiefflüge zu erwirken.

Begründung:

Durch die Fortschritte auf dem Gebiet der Abrüstung und Rüstungskontrolle, durch die tiefgreifenden Veränderungen in Osteuropa und durch die Herstellung der deutschen Einheit haben sich die Bedingungen der militärischen

Sicherheit grundlegend geändert. Von dieser Veränderung ist auch die Notwendigkeit militärischer Tiefflüge betroffen.

Der Bundesrat weist daher darauf hin, daß die Antwort der Bundesregierung auf den Entschließungsantrag des Bundesrates vom 14. Dezember 1990 noch immer aussteht. Er drängt darauf, daß die Bundesregierung alsbald über die Ergebnisse ihrer Prüfung berichtet.